
1512/J XXII. GP

Eingelangt am 25.02.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Parnigoni
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend „europaweiter Geheimdienst“

Auf breite Ablehnung im In- und Ausland stieß der Vorschlag des BM für Inneres Ernst Strasser zur Schaffung eines sogenannten europäischen Geheimdienstes. Während etwa der schwedische Justizminister Bodström die Theamtik als „nicht aktuell“ bezeichnete, sprach sich der deutsche Innenminister Schilly in dieser Hinsicht dezidiert gegen den Aufbau neuer europäischer Einrichtungen aus.

Auch in den heimischen Medien stößt der Vorschlag von Innenminister, den er zu einem Zeitpunkt vorbrachte (19. 2. 2004), zu dem gerade bekannt wurde, dass nach dem Militärbefugnisgesetz auch das Sicherheitspolizeigesetz mangels entsprechenden Rechtsschutzes einer dringenden Reparatur bedarf, auf große Skepsis und breites Unverständnis.

So berichtet etwa der „Standard“ in seiner Ausgabe vom 20. Februar, dass der Innenminister mit seinem Vorschlag für einen EU-Geheimdienst „abgeblitzt“ sei. Die „Presse“ interpretiert Strassers Vorstoß als „Träumereien“, aus denen der österreichische Innenminister von seinen EU-Kollegen geweckt wurde. Auch der „Kurier“ weiß in dieser Hinsicht von breiter Skepsis im EU-Justiz- und Innenministerrat zu berichten.

Alles in allem scheinen die Vorschläge des Innenministers unausgegoren, unüberlegt und unakkordiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Was waren Ihre Beweggründe, beim EU-Justiz- und Innenministerrat eine Initiative zur Schaffung eines europäischen Nachrichtendienstes vorzubringen?
2. In welcher Form haben Sie ihren Amtskollegen Ihre Vorschläge zur Schaffung eines europäischen Nachrichtendienstes überbracht?

3. Wie lautete der von Ihnen im EU-Justiz- und Innenministerrat überbrachte Vorschlag im vollen Wortlaut?
4. Mit welchen österreichischen Regierungsmitgliedern war dieser Vorschlag im Vorfeld abgesprochen?
5. Was hat man sich unter einer „European Intelligence Agency“ als Koordinationsstelle der nationalen Nachrichtendienste konkret vorzustellen und welche Aufgaben sollte diese Ihrer Meinung nach übernehmen?
6. Welche Mechanismen zur Sicherung des Rechtsschutzes für die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger waren in Ihrem Vorschlag eingebaut?
7. Welche Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle, und zwar auf gesamteuropäischer Ebene wie auch auf der Ebene der nationalen Parlamente, sind in Ihren dem EU-Justiz und Innenministerrat überbrachten Vorschlägen vorgesehen?
8. Wie soll eine gesamteuropäische Vernetzung, Auswertung und Analyse nachrichtendienstlicher Erkenntnisse Ihrer Meinung nach in der Praxis vonstatten gehen?
9. Ist Ihnen die derzeit bestehende Koordinationsstelle bei der EU-Polizeibehörde Europol in Den Haag, die ja gemäß ihrer Gründungsstatuten auch für die Terrorabwehr zuständig ist, zu wenig effizient? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum haben Sie trotzdem besagten Vorstoß beim EU-Justiz- und Innenministerrat unternommen?
10. Haben Sie nach dem schwachen Echo Ihrer EU-Kollegen auf die von Ihnen vorgebrachten Vorschläge zur Schaffung eines europäischen Geheimdienstes vor in dieser Angelegenheit weitere Initiativen zu setzen? Wenn ja, wie werden diese aussehen und wann werden diese erfolgen?